

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 20 (1979)  
**Heft:** 24

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

zipienlos. Tut bescheiden. Ergeben usw. Hat mächtige Protektion ganz oben. Was braucht man noch?» Einen passenden Namen; Trotzki sei auch bloss darum aus der Führung geflogen, weil er keinen besseren Namen ausgesucht habe. «Auch Stalin wäre durchgefallen, wenn er seinen Namen Dschugaschwili beibehalten hätte.» (109)

Wieder auf ganz andere Art kritisch ist auch *der Lehrer*, der seinen Schülern doziert:

«Russland ist ein Mythos geworden, ist nicht mehr real... Wie viele Russen sind liquidiert worden! Und was für Menschen! Die Blüte der Nation!» (111)

Im weiteren führt er aus, dass «man» die russische Kultur auf Volkstänze, Puppen-in-der-Puppe und Sport reduziert hat. Eine Schülerin warnt ihn entsetzt:

«Wenn sie [die OKB] Ihre Worte hörten, würden sie Sie vertilgen.»

«Die vertilgen mich nicht, sagt *der Lehrer*. Es ist nicht die Zeit dafür. Etwas früher hätten sie. Etwas später werden sie. Aber jetzt ist Verschnaufpause.» (111)

So ähnlich konnte ich seinerzeit, noch in Moskau, auch zu meinen jungen Freunden sprechen; inzwischen gilt das längst nicht mehr. Das KGB hat mit Verhafteten mächtig nachgeholt. Sinowjew stattet die «Organe» mit «Traumvisoren» aus (S. 337), denn es ist doch beunruhigend, dass Schlaf und Träume ohne Kontrolle geblieben waren. Immerhin verbringt das Volk ein Drittel seiner Zeit damit! Diese Idee führt der Autor auf vielen Seiten aus; sie gibt seiner unbändigen Phantasie Anlass, stets neue Grotesken zu schreiben, welche die Wirklichkeit des Sowjetlebens blosslegen.

Zur Erziehung des neuen Menschen, der endlich jeder elementaren Moral, Ehre, Würde, Gewissensbürde bar ist:

«Eines der ergiebigsten Mittel der Einwirkung des Kollektivs auf eine Person, die ausschert oder Neigung dazu zeigt, ist die Verleumdung. Auch früher gab es Verleumdungen. Aber erst in unserer Gesell-

**Die Erziehung des neuen Menschen besteht darin, der Verleumdung endlich zu einem Status sozialer Normalität zu verhelfen**

Je schlechter wir leben, lehrt Suslikow, desto zielstrebigere müssen wir uns auf den Kommunismus zu bewegen. Bei gutem Leben... vermag jeder Idiot den Kommunismus aufzubauen...; wenn aber das Leben täglich schlechter wird, braucht man eben unsere geniale Lehre und die kollektive Weisheit der Partei. Wir müssen vom spießersich-kleinbürgerlichen, konsumorientierten Verständnis des Kommunismus als einer Art irdischen Paradieses wegkommen... (499). Der Kommunismus – das sind vor allem neue grandiose Schwierigkeiten, welche die Werktätigen unter der weisen Führung der Partei und des Genossen Suslikow persönlich heldenhaft und selbstlos überwinden... Und wenn wir die Anstrengungen zum sinnlosen Vertun der Mittel in der idiotischen Aussenpolitik und der noch idiotischeren Innenpolitik erhöhen, können wir den Kommunis-

mus noch zu Lebzeiten der heutigen Generation aufbauen (falls sie der Vernichtung entgeht)...

Eine unerlässliche Voraussetzung zum Uebergang auf den richtig verstandenen Kommunismus, lehrt Genosse Suslikow, ist die Schaffung einer Atmosphäre der allumfassenden Niedertracht. Darin liegt der Kern der Lehre des Genossen Suslikow, welche die Lehre von Diktatur und Hegemonie übertrifft...

Dieser Zustand ist nötig dafür, dass die Leute ohne Gewissensbisse (was lediglich bei völligem Fehlen eines Gewissens möglich ist – was es nicht gibt, kann auch nicht schmutzig sein) zum Kommunismus voranschreiten können, ohne sich ihrer herannahenden Zukunft zu schämen. Um ruhig sich und einander sagen zu können, dass derart niederträchtigen Kreaturen nichts anderes übrigbleibt, als in vollständigsten Kommunismus zu versinken... (500)

Hier schliesst sich der Kreis zur Herrschaft der Gespenster, die laut Sinowjew Geschichte machen, über 60 Jahre Sowjet- und damit Weltgeschichte geprägt haben. Man kann Sinowjews Buch (so abwechslungsreich und unorthodox es auch geschrieben ist) durchaus als *Geschichtsbuch* bezeichnen, das ich besonders allen Linken im Westen ans Herz legen möchte.

**Rationierungskarte war überflüssig**

Gleich in doppelter Hinsicht interessant ist ein Alltagsdokument aus der Sowjetunion, das die russischsprachige Zeitschrift «Possev» (Frankfurt, Oktober 1979) reproduziert hat. Wir bringen es auch.

war ein Mindestbezug unter regulären Bedingungen. Und das erwies sich nicht als möglich.

Ansonsten gilt der abgewandelte Grundsatz: Jedem nach seinen Möglichkeiten. Höhere Leute können (fast überall) in Spezialläden mit besserem Angebot einkaufen. Krethi und Plethi haben da keinen Zutritt. Gewöhnliche Leute vermögen vielleicht eine andere Mangelware zum Tausch anzubieten. Und sonst steht es ihnen frei, sich privat umzusehen, auf dem grauen oder schwarzen Markt. Nur kostet das Fleisch dort entsprechend mehr.

Ein klassisches Beispiel für die *mittelbare* Preiserhöhung in der Sowjetunion. Man hatte bei der Preisrunde dieses Sommers unter sozialen Begründungen darauf verzichtet, die amtlichen Fleischpreise anzuheben. Bloss: Was nützt einem das statistisch ausgesuchte Fleisch zu 2 Rubel das Kilo (sie sind am durchschnittlichen Monatsverdienst von 150 Rubel zu messen, und nicht an irgendwelchen Wechselkursen), wenn man es zu diesem Preis nirgends auftreiben kann?

Hier findet insgesamt ein zynischer Betrug statt, auch wenn er direkt nicht ausschliesslich den amtlichen Verteilerorganisationen anzulasten ist. Die staatlichen Handelsorganisationen (mit der dringenden Notwendigkeit ihrer Vervollkommnung hat sich im November eben ein gemeinsames Partei- und Regierungsdekret befasst) bemühen sich wenigstens halbwegs durchaus, nach Abzug einer Réserve des patrons auch den allgemeinen Läden ein Minimum an Mangelwaren zukommen zu lassen. Aber dann stellt sich die Frage konkret für die Verkäufer (aller Stufen): Warum sollten sie das rare Fleisch über dem Ladentisch zum offiziellen Preis verkaufen, wenn sie «unter dem Tisch» mehr dafür kriegen und die Differenz in die eigene Tasche stecken können?

Auf diese und andere illegale Praktiken hat der sowjetische Binnenhandelsminister Strujew warnend hingewiesen (siehe ZB, Nr. 21/79, S. 10). Offizieller Tenor: Wenn ihr das tut, schadet ihr der Volkswirtschaft. Inoffizielles Bassgebrumme: Wenn wir es nicht tun, schaden wir uns selber.

**Unsere Machthaber haben kein beschmutztes Gewissen; was es nicht gibt, kann auch nicht schmutzig sein**

schaft ist die Verleumdung zur normalen sozialen Erscheinung geworden, weckt sie keine offene Verurteilung und keinerlei Gewissensbisse mehr.» (396)

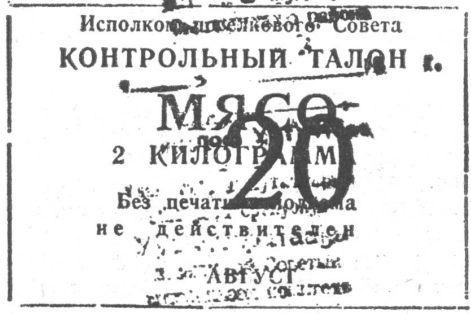
Suslikow (wer dünkte dabei nicht an den Moskauer Chefideologen Suslow?) hat es doch zum Führer gebracht – und das Volk mit einer neuen Theorie beglückt – die Lehre von der «allumfassenden Niedertracht». Wie bitte? O ja, denn:

«Ohne dass sich die Bürger samt und sonders in Speichellecker, Tröpfe, Lakaien, Feiglinge, Zuträger, Flohknacker, Zyniker, Lügner, Raffer usw. verwandeln, kann von Kommunismus kein Gedanke sein.» (502)

Kurze Auszüge aus dieser «neuen Theorie» mögen zugleich als Kostprobe dienen:

«Die vom Genossen Suslikow geschaffene wissenschaftliche Theorie der allumfassenden Niedertracht bedeutet die konkrete Ebene des Uebergangs vom rochentwickelten Sozialismus unter den Bedingungen des unaufhaltsam sinkenden Lebensstandards der Werktätigen und der sich verstärkenden Repression gegen Andersdenkende...

**Grösseres Elend braucht noch grössere Lügen: Wir kommen schon noch zum Kommunismus**



Es handelt sich um einen «Kontrolltalon» für Fleisch, herausgegeben von einer Ortsbehörde der Udmurtischen ASSR (Autonome Sozialistische Sowjetrepublik). Mit andern Worten also um den Kontrollabschnitt einer *Rationierungskarte*. Der fragliche Coupon berechnete den Inhaber zum Bezug von 2 kg Fleisch im August 1979. Das amtliche Druckerzeugnis als Rationierungsbeleg ist der erste Punkt von Interesse.

Der zweite Punkt aber ist dieser: Jener Talon, welcher der «Possev»-Redaktion zugestellt worden ist, war unbenutzt geblieben. Warum? Weil es in der Zeit seiner Gültigkeit überhaupt kein Fleisch zu kaufen gab. Ein Nachbezug im September wäre theoretisch möglich gewesen. Aber der Einsender wusste, dass es auch dann kein Fleisch zu kaufen geben würde.

Das wiederum heisst freilich nur: im offiziellen Laden zum offiziellen Preis. Was das lokale Rationierungssystem hätte garantieren sollen,

Es gibt systembedingte Uebel, die nicht systemgewollt sind: Tröste sich, wer kann ...

\*\*\*

Nun, die ewigen Engpässe in der Versorgung sind soweit ein permanentes Uebel. Man hatte sich daran gewöhnt, ebenso wie an eine zwar langsame, aber doch stattfindende Besserung der Lage, bedingt durch die zivilen Abfälle des technischen Fortschritts. Aber dieses Jahr ist eine Wendung zum Schlechteren eingetreten. Aus dem dauernden Kriseln wurde eine akut kritische Situation.

Zum Beispiel die Stadt Kasan. Dort ist das Fleisch auch rationiert: pro Person auf 400 g im Monat. Indessen spielt das dort wiederum keine Rolle, weil das Fleisch im Verkauf ohnehin fehlt, zur Gänze. Wenn man Fleisch kaufen will, fährt man nach Moskau und nimmt dafür eine Bahnfahrt von 14 Stunden in Kauf.

Diesen Sommer ist es in Kasan zu Demonstrationen gekommen. Manifestanten trugen Plakate mit der Aufschrift «Wir wollen essen!».

Sicher handelt es sich nicht um eine Hungerdemonstration im vollen Sinne des Wortes. Es gibt dort keinen Hunger wie in der Dritten Welt, wo die Regierungen (oder Statthalterregierungen) sowjetische Waffen kriegen, aber die Leute dafür nichts zu essen. In der Sowjetunion ist jeweils schon irgend etwas vorrätig, was man sich in die Mägen stopfen kann. Aber die Mangella-

ge in Kasan etwa betrifft nicht Fleisch allein. Zum Beispiel musste man in diesem Sommer direkt reich sein, um sich ein bisschen Obst beschaffen zu können.

Das in einem Land, das sich die stärkste Militärmacht der Welt leistet und dazu nach Belieben militärische Einsätze in den afrikanischen und asiatischen Neokolonien.

\*\*\*

An westeuropäischen Massstäben gemessen, ist die Versorgung im Sowjetlager überall schlecht.

Aber man stellt sich weniger leicht vor, wie schlecht die sowjetische Versorgung selbst dann ist, wenn man sie an osteuropäischen Massstäben misst.

Dazu ein Aperçu aus Bratislava: Eine sowjetische Touristin gewährte dort die Auslagen einer Metzgerei. Und sie fragte in aller Selbstverständlichkeit, für wen diese Waren da bestimmt seien. Als man ihr sagte, das dürfe doch jedermann kaufen, der es zahlen könne, wollte sie (immerhin die Frau eines Zahntechnikers) es zuerst gar nicht glauben.

In Europa sind die sowjetischen Kolonien materiell noch besser dran als das «Mutterland», speziell die CSSR. Und in bezug auf die Freiheiten, die man sich herausnehmen kann, meistens auch. Hier allerdings gar nicht speziell die CSSR.

China ebenfalls Kreditabkommen. Von der Weltbank und andern internationalen Finanzorganisationen hat China bisher noch keine Kredite aufgenommen, aber das wird wohl noch kommen.

Aussenhandelsdefizit plus Anleihen: Das stellt die Frage nach der Rückzahlungsfähigkeit. Dazu hat der chinesische Vizeministerpräsident Gu Mu eine Antwort gegeben («Beijing Rundschau», Nr. 41/1979). Nach einem sehr kurzen Hinweis auf die chinesische Zahlungsmoral kam er gleich zur materiellen Sache, sozusagen zum Pfandwert des chinesischen Potentials. China sei reich an Rohstoffen, vor allem an Buntmetallen und Kohle («Hunderte von Milliarden Tonnen bester Qualität»), und gedanke im übrigen, seinen Export von Erdöl zu erweitern.

Ein ziemlich direktes Angebot, auf das der Westen eingehen sollte. Natürlich kann er seine Energieprobleme nicht allein mit Hilfe von China lösen, aber Brennstoffe, mit denen er nicht erpresst wird, sollten ihm allenfalls selbst höhere Transport- und Förderkosten wert sein. Auch sind Vorkommen in China vor dem direkten oder indirekten Zugriff der Sowjets sicherer als anderswo.

Natürlich will China dann auch mit Fertigprodukten auf dem internationalen Markt auftreten. Momentan bietet es sich industriellen Investoren an und verhandelt zurzeit mit rund 30 ausländischen Firmen über die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen. Eben hat man im Oktober die «Internationale Treuhand- und Investmentgesellschaft Chinas» gegründet.

Für westliche Produzenten ein Grund zur Konkurrenzangst? Nur teilweise. Laut Gu Mu exportiert China grossteils andere Waren als der Westen, und in diesem Fall findet kein direkter Kampf um Marktanteile statt. Dann hat die Oeffnung des innerchinesischen Marktes für un-

sere Produkte auch eine kompensatorische Wirkung.

Indessen sind alle diese merkantilischen WENN und ABER gar nicht die Hauptsache. Vielmehr braucht der Westen ein starkes China ganz einfach aus politischen Gründen. Die Tatsache, dass das von unsern westeuropäischen Staatsmännern beim jüngsten Besuch von Hua Guofeng so eifrig abgestritten worden ist, belegt diese Notwendigkeit gerade: So untertänig gegenüber der UdSSR benehmen wir uns schon, wenn wir ihr *allein* gegenübergestellt sind.

Ein Westen, der sich politisch hat entmündigen lassen, wird letztlich auch keine eigenen Handelsinteressen mehr zu vertreten haben.

## In Kürze

Die Betriebsaktivisten der Partei (man fasst sie in den sogenannten «Grundorganisationen» zusammen) sollten sich an ihren monatlichen Versammlungen nicht nur mit den Mitgliedsbeiträgen und analogen «formellen» Traktanden befassen. Vielmehr sollen sie diskutieren und programmieren, wie sie die Arbeiter ihres Betriebes erziehen können, insbesondere durch Zuweisung von zweckdienlichen Aufgaben und Kontrolle ihrer Erledigung. So «Uj szo», Bratislava (1. 9. 79). Das Proletariat übt seine Diktatur als Zöglingsskollektiv aus. Und das, bitte sehr, nicht etwa laut Feinddarstellung aus dem Westen, sondern laut Pressedarstellung der sozialistischen Länder.

\*

In Moskau erscheint unter dem Namen «Poiski» eine Samisdat-Zeitschrift, die sich als Forum für die Freidenker versteht. Aber, so hat die Redaktion eben präzisiert, (offizielle) Atheisten dürften auch schreiben.

\*

Prügel bis zur Bewusstlosigkeit erhielt die 15jährige Baptistin Galina Jakimenko, als sie von der Polizei «verhört» wurde. Das geschah (laut «Friedensstimme», Köln) am 7. Oktober 1979 im Moskauer Bezirk Elektrostal, wo ein «Kriminalkommando» die Versammlung einer (nicht registrierten?) Baptistengemeinde sprengte und alle Teilnehmer verhaftete. Die meisten von ihnen wurden nach ihrer Einvernahme wieder freigelassen; drei Jugendliche nahm man für 10 Tage in Haft.

\*

Zu einer grossen Verseuchungskatastrophe wegen der Produktion bakteriologischer Waffen kam es im Juni dieses Jahres in Nowosibirsk.

Das Unglück ereignete sich laut «Possev» (Frankfurt, Oktober 1979) in einem südlichen Vorort. Dort befindet sich unweit des Betriebes Wtortschermet in einem Wald ein Werk, das bakteriologische Waffen herstellt oder entwickelt.

Die Verseuchung dehnte sich auf einem Gebiet aus, das bis in die Stadt hineinreichte. Spezialautos desinfizierten die Strassen.

Betroffen wurden einige tausend Personen, Arbeiter des fraglichen Werks ebenso wie Stadtbewohner, die sich in der verseuchten Zone aufhielten. Die Spitäler vermochten nicht alle Opfer aufzunehmen. Insgesamt soll es zahlreiche Tote gegeben haben. Auf dem Körper der Verstorbenen bemerkten Augenzeugen schwarze Flecken.

■

## Wie soll China bezahlen?

Chinas Problem beim vermehrten Wirtschaftsaustausch mit dem Westen ist das gleichzeitig wachsende Aussenhandelsdefizit. Der Westen verkauft dem nahezu neuen Partner weit mehr, als es von ihm kauft (oder kaufen kann).

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres hatte das chinesische Exportvolumen einen Wert von 6,96 Milliarden Dollar, und das bedeutete gegenüber der Vergleichsperiode vom Vorjahr eine Steigerung um 40 Prozent. (Ein beachtlicher Aufschwung, selbst wenn man daran denkt, dass ein Ausfuhrwert von 7 Dollar pro Kopf und Halbjahr immer noch nicht viel ist.)

Aber gleichzeitig erreichte das Importvolumen einen Wert von 8,4 Milliarden Dollar, und das bedeutete eine Steigerungsrate von nicht weniger als 70 Prozent.

Dazu kommt noch, dass China heute im Unterschied zu früher durchaus bereit ist, grosse Westkredite aufzunehmen. Unter Mao hatte man die Auslandsverschuldung grundsätzlich als Uebel angesehen, das einen in kolonialistische Abhängigkeit bringe. Inzwischen denkt man — ohne deswegen gleich die Proportionen sprengen zu wollen — darüber anders. Geld aus Anleihen will man hauptsächlich zur Einführung von modernem Know-how brauchen, das wiederum die eigene Zahlungsfähigkeit erhöhen soll. In diesem Sinne hat z. B. die amerikanische Regierung den Chinesen einen langfristigen Kredit von 2 Milliarden Dollar gewährt. Mit Japan und andern Ländern oder deren Unternehmungen schliesst

# Das Dokument

## Solidarität aus Ungarn

In unserem Bericht über den Prager Prozess gegen Vaclav Havel und Mitangeklagte hatten wir in der letzten Nummer auch die Solidaritätsbezeugungen aus Osteuropa erwähnt. Manifestationen aus Polen stellen nachgerade keine Ueberschuldung mehr dar, aber die Bekundungen aus Ungarn verdienen eine besondere Aufmerksamkeit.

In Ungarn hatte es lange Zeit den Anschein, als ob die dortige Opposition angesichts der immer noch bestehenden «kleinen Freiheit» besänftigt sei, sich mehr oder weniger mit Aeusserungen im Rahmen der verstatteten Kritik begnüge und vor allem jede Konfrontation mit den grossbrüderlichen Normen vermeide. In dieser Beziehung zeichnet sich möglicherweise eine Wende ab, denn es gibt wieder das Auftreten einer offenen Dissidenz zu registrieren. Dazu gehört die Reaktion auf den Prager Prozess.

Hier veröffentlichen wir zwei Texte aus Ungarn. Beim ersten handelt es sich um einen Offenen Brief an die tschechoslowakischen Unterzeichner der Charta 77; von besonderem Interesse ist es dabei, wie die ungarischen Verfasser die Situation in ihrem eigenen Land analysieren.

Beim zweiten Text handelt es sich um einen kurz gehaltenen Protest mit insgesamt 185 Unterschriften. Die Unterzeichner sind grossteils Intellektuelle, von denen einzelne offizielle Posten innehaben, so Sandor Csoori als Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes.

### Offener Brief

#### Offener Brief an die Unterzeichner der Charta 77

Liebe Freunde,

Seit Monaten hatten wir die Nachrichten über die Vorbereitung des Prager Prozesses mit Sorge verfolgt. Nun haben wir die zynischen Urteile mit Entrüstung zur Kenntnis genommen.

Wir sind Osteuropäer. Wir können nicht gleichgültig bleiben, wenn man irgendwo in Osteuropa jene verfolgt, die für Menschen- und Bürgerrechte kämpfen.

Ferner sind wir Ungaren. Bürger eines Staates, dessen Armee an der Besetzung der Tschechoslowakei teilgenommen hat. Damit sind wir seit 1968 mitverantwortlich für alles, was in diesem Lande geschieht.

Und wir sind Angehörige einer Generation, welche die Lehren des ungarischen «56» aus dem Beispiel des tschechoslowakischen «68» gezogen hat. Wir wurden uns 1968 unserer politischen Verantwortung bewusst. Und damit ist eure Sache auch zu unserer eigenen Sache geworden.

Aus der gewaltsamen Unterdrückung des tschechoslowakischen Versuchs haben wir — wie die Bevölkerung anderer osteuropäischer Länder auch — den Schluss gezogen, dass in Osteuropa

die Demokratie einzig aus dem Zusammenschluss unserer Völker erwachen kann.

Wir müssen zugeben, dass sich damals in Ungarn nur eine kleine Minderheit zu solchen Gedanken bekannte. Die Mehrzahl war der Meinung, die Demokratie sei bei uns eine Illusion, und wer bei uns einer solchen nachjage, der setze nur unsern relativen Wohlstand und unsere Sicherheit aufs Spiel. Die Lage lasse sich höchstens im Rahmen der gegebenen politischen Regimes in kleinen Schritten verbessern. Dazu aber brauche man keinen internationalen Zusammenschluss, im Gegenteil: Wir müssten uns auf unsere eigenen Probleme konzentrieren und keine Aufmerksamkeit auf uns lenken.

Lange Zeit sah es so aus, als ob diese Mehrheit recht hätte. Langsam zwar, aber doch spürbar verbesserten sich in unserem Land die Lebensbedingungen. Die staatliche Lenkung des geistigen Lebens wurde etwas elastischer. Aber jetzt werden die Grenzen dieser Entwicklung spürbar. Und je mehr wir uns diesen Grenzen nähern, desto mehr Ungaren sind mit den immer kleiner werdenden Fortschritten unzufrieden. Die Zahl derjenigen nimmt zu, die nicht gewillt sind, zu diesem Preis die Hoffnung auf Demokratie aufzugeben.

Immer mehr Leute sind in den letzten Jahren zur Einsicht gekommen, dass wir Ungaren uns ohnehin nicht in unseren Landesgrenzen abkapseln können. In unseren Nachbarländern leben auch Ungaren, in der CSSR allein 600 000, und dieser ungarischen Minderheit in der CSSR entzieht man seit 1968 allmählich die wenigen Zugeständnisse, die man ihr bis dahin noch gemacht hatte. Aus solchen Tatsachen haben wir eine Schlussfolgerung gezogen: Das ungarische Volk hat ein unmittelbares Interesse daran, dass in den benachbarten Ländern demokratische Verhältnisse herrschen.

Liebe Freunde! In Ungarn leben viele Menschen, die euren Kampf im Rahmen der Charta 77 für eine demokratische Tschechoslowakei mit Sympathie und Anteilnahme verfolgen. Wenn ihr euch in diesen schweren Stunden überlegt, wer in Osteuropa zu euch steht, könnt ihr auch an diese Ungaren denken.

Budapest, 26. Oktober 1979

György Bencez  
Janos Kenedi  
Janos Kis

### Protest

#### An den Präsidialrat der Volksrepublik Ungarn, Budapest

Die Unterzeichneten gelangen an Sie mit der Bitte, den beigefügten Protest weiterzuleiten.

Wir protestieren gegen den Prager Prozess und gegen die Verurteilung der Vertreter der Charta 77. Wir fordern die Freilassung der Verurteilten.

Budapest, 29. Oktober 1979

[185 Unterschriften,  
darunter:]

Sandor Csoori, Schriftsteller  
[Mitglied des Präsidiums  
des Ungarischen Schriftstellerverbandes]  
Istvan Eörsi, Schriftsteller  
Jozsef Gali, Schriftsteller  
Andras Hegedüs, Soziologe  
[ungarischer Ministerpräsident 1955/56]  
Janos Kenedi, Kritiker

Geza Kepes, Lyriker  
György Konrad, Schriftsteller  
Miklos Laczko, Historiker  
György Litvan, Historiker  
Boriska Palotai, Schriftstellerin  
Laszlo Rajk

[Sohn des 1949 hingerichteten Laszlo Rajk]

Maria Sulyok, Schauspielerin  
Gabor Tanczos, Dozent und Soziologe

## Briefe

### Slansky und Gottwald

Im Bericht über die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei (siehe letzte Nummer) vertritt der Autor die Meinung, der Slansky-Prozess von 1952 sei das Ergebnis eines Machtkampfes zwischen zwei Gruppen im Parteiapparat gewesen. Als Zeuge der damaligen Zeit komme ich zu andern Schlussfolgerungen.

Wie in allen kommunistisch regierten Staaten kamen auch in der Tschechoslowakei die Befehle zu den Säuberungen direkt aus Moskau und mussten befolgt werden.

Im übrigen hatte es vor dieser Aktion keine Anzeichen dafür gegeben, dass Gottwald und Slansky miteinander rivalisiert hätten. Die beiden galten vielmehr als persönliche Freunde, wobei es allerdings unter Kommunisten eine Selbstverständlichkeit war, dass man auf «Partei-befehl» (Stalins) auch persönliche Freunde opferte.

Zum Begriff der «Slansky-Gruppe» ist zu sagen, dass sie überhaupt nicht existierte, ausser natürlich für die stalinistischen Prozessbedürfnisse. Die Selektion erfolgte nach andern Gesichtspunkten: Von den 14 Angeklagten waren zwölf Juden und nur zwei Nichtjuden, die man in jenes Verfahren mit einbezog, um das völkische Kriterium nicht offenkundig werden zu lassen. Stalin wollte aus den osteuropäischen Parteiführungen ganz einfach die Juden eliminieren. Als die Liste der Opfer feststand, wurden diese nachträglich «gruppiert»; so ging man auch bei andern Prozessen vor und konstruierte gleichzeitig «Verschwörungen». F. K.



Arthur London (hier im Film dargestellt von Yves Montand) gehörte zu den Angeklagten im Slansky-Prozess und hat dessen Präparierung in einem Buch dargestellt («J'accuse», Paris 1969).

# FACETTEN zum Alltag drüben

## Kantinenpersonal plus

Wie die Dinge funktionieren *sollten*, ist das eine, und wie sie tatsächlich funktionieren, ist das andere. Die Diskrepanz hat man überall, doch in den kommunistisch regierten Ländern ist sie (systembedingt) überall *grösser*.

Was aber kostet dort der Unterschied zwischen dem Soll-Zustand und dem Ist-Zustand? Das ist eine wahrhaftige Preisfrage, auf die es keine Antwort gibt. Oder *gab*. Denn jetzt gibt es in einem ganz bestimmten Land zu einer ganz bestimmten Institution eine ganz bestimmte Antwort.

Es geht um die Tschechoslowakei und dort um die *Betriebskantinen*. Weil sie von einem Drittel aller Werktätigen beansprucht werden, keine unwichtige Sache. Aber sie weist Mängel auf. Leerlauf, schlechte Einrichtungen, die schlecht in-

stand gehalten werden, unzureichende bis abwesende Service-Organisation.

Und nun: *Um diese Mängel auszugleichen* (falls man sie nicht beheben kann), würden bis 1980 tatsächlich *50 000 zusätzliche Angestellte von Werkküchen benötigt*.

(Die es übrigens gar nicht gibt, jedenfalls nicht als dafür qualifizierte Arbeitskräfte, etwa Köche usw.; wie sich aus anderweitiger Berichterstattung ergibt, lässt sich zum Beispiel das noch weitgehend ungenutzte Arbeitspotential der Zi-geuner fast nur für Hilfsarbeit einsetzen.)

Also: Für die CSSR allein auf dem Sektor der Betriebskantinen allein macht die Differenz zwischen Soll-Zustand und Ist-Zustand gleich 50 000 Arbeitskräfte aus. Dargelegt worden ist das in der ungarischsprachigen Tageszeitung von Bratislava («Uj szo», 7. 9. 1979). Die CSSR hat 15 Millionen Einwohner.

Fairerweise muss hier noch eine korrigierende Ergänzung beigelegt werden: Die Rechnung der tschechoslowakischen Quelle gründet auf der Voraussetzung, dass die *Zunahme* der Kantinenverpfleger planmässig vonstatten gehen würde (woran die «Uj szo» offensichtlich nicht glaubt). Und der (ursprüngliche) Plan sieht vor, dass sich bis 1990 rund 70 Prozent der Arbeiter aus Werkküchen verpflegen können sollten.

Indessen spielt das bei näherer Betrachtung gar nicht die Rolle, die man erwarten könnte. Denn erstens bezieht sich die Mankoangabe ja nicht auf die Periode von gut zehn Jahren, sondern nur auf die Periode bis 1980. Und zweitens (und vor allem) bezieht sie sich ausdrücklich nicht auf ein *absolut* erforderliches Mehrpersonal, sondern nur auf jene zusätzlichen Arbeitskräfte, die *für den Fall* benötigt werden, dass man die bestehenden Einrichtungen nicht ersetzt, modernisiert und rationalisiert. Es geht also lediglich um Angestellte, die man bei bestmöglichen Anlagen und ihrer bestmöglichen Ausnutzung *einsparen* könnte.

Die Diskrepanz im angeführten Sinne besteht somit, und als Korrektur ist lediglich der Hinweis anzubringen, dass zum «Loch» zwischen Soll-Zustand und Ist-Zustand auch die «technologische Lücke» gehört, mit dem Fehlen der technisch möglichen Rationalisierungs- und Automatisierungseinrichtungen nach dem neuesten Stand. Im Falle westlicher Kalkulationen wäre das übrigens eine Selbstverständlichkeit.

Aber wenn wir schon nicht voreilig mit *östlichen* «Selbstverständlichkeiten» operieren wollen, dann ist auch noch etwas anderes ausdrücklich festzuhalten: Der jetzige Zustand der Kantinen ist nicht nur eine Belastung für die Volkswirtschaft, sondern auch eine Zumutung für die Benutzer. «Uj szo» dazu:

«Es gibt immer noch viele Werktätige, welche die Werkküchen meiden, und das oft mit Recht. Die Speisen sind von schlechter Qualität, die Menüs eintönig (...). Es kommt vor, dass man lange warten muss, dass die Bestecke schmutzig sind oder auch ganz fehlen.» (!)

Demnach also schlimmstenfalls: Man hat nach langem Warten das übliche, schlechte Essen mit den Fingern zu essen.

So etwas macht auch der Parteiführung Sorge,

## Der Buchtip

**Peter Dürrenmatt: «Sonderfall oder Endstation. Die Schweiz im sozialistischen Zeitalter». Flamberg-Verlag, Zürich 1979, 218 Seiten, Fr. 26.—**

Ein lesens- und bedenkenswertes Buch. Der Autor schildert und beurteilt den Sonderfall Schweiz in einem Europa der Sonderfälle, das nicht mehr Zentrum der Weltpolitik, sondern nur noch geteiltes Glacis zwischen West und Ost ist, und in dem auf das Jahrhundert von Liberalismus und Individualismus ein sozialistisches Zeitalter gefolgt ist.

Dürrenmatt hält fest, dass Freiheit und Gerechtigkeit polar sind und dass es Aufgabe der Politik ist, dazwischen den Ausgleich zu finden. Die Auseinandersetzung zwischen liberaler Tradition und sozialistischen Ansprüchen um diesen Kompromiss bestimmt das weitere Schicksal der Freiheit in Europa. Das ist für die Schweiz von vitaler Bedeutung, weil für sie die Freiheit eine existentielle Frage ist.

Dürrenmatt schreibt von der Trinität der schweizerischen Freiheit, bedingt durch die Unabhängigkeit als Freiheit nach aussen, die kantonale Souveränität und die demokratische Staatsform zur Sicherung der Freiheit im Innern.

Beim Vergleich der geltenden Bundesverfassung mit dem Entwurf Furgler stellt der Autor fest, dass im ersten Dokument die Freiheit selten erwähnt, aber vielfach materiell gesichert wird, während im andern viel Deklamatorisches von Freiheit zu lesen ist, dem aber wenig Substanz zugrunde liegt. Es ist bezeichnend, dass im Entwurf die Unabhängigkeit, ohne die es ja überhaupt keine innere Freiheit geben kann, nicht mehr «behauptet», sondern nur noch «gewährt» und nicht mehr an erster, sondern an letzter Stelle der Bundesziele erwähnt wird, hinter Gesund-

heits- und Umweltschutz und Förderung von Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur. Im Entwurf werden weitschweifig Grund- und Sozialrechte aufgezählt, bevor wiederum ganz am Ende die Landesverteidigung erwähnt wird.

Der liberale Politiker und Historiker Dürrenmatt ist über die im Verfassungsentwurf zutage tretende Tendenz tief beunruhigt; das Wort «Endstation» im Titel seines Buches zeigt es. **MK**

# Sonderfall oder Endstation

Die Schweiz im sozialistischen Zeitalter

von Peter Dürrenmatt  
1979, 218 S., br., Fr. 26.—

Das Buch eignet sich  
als Weihnachtsgeschenk

Bestelltalon

Ex. Dürrenmatt, Sonderfall

Geschenckverpackung gewünscht  Bitte ankreuzen

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

An die Buchhandlung SOI, Postfach, 3000 Bern 6, Tel. 031 43 12 15

aber eigentlich mehr Vollständigkeit halber. Denn: «Die 11. Plenarsession des KPTsch-ZK hat darauf hingewiesen, dass die Förderung der Werkküchen nicht nur eine soziale Aufgabe sei, sondern auch zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität beitrage.»

Mit nicht gar so andern Worten: Lasst die Leute doch nicht so lange auf ihren Frass warten, sonst kommen sie am Ende noch zu spät zur Schicht. Das ist das gesamtheitlich harmonisierte soziale Denken nach Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse.

Und zwar bestenfalls. Denn hier geht es ja um den *Soll-Zustand*.

## Wohlige Freizeit

Diese zwei Sätze stehen in einem tschechoslowakischen Bericht (über die Freizeitgestaltung auf dem Lande; «Uj szo», Bratislava, 12. 9. 1979) tatsächlich direkt hintereinander:

«Im Laufe der letzten zehn Jahre sind in den Dörfern viele Kulturheime gebaut worden, wo sich die Genossenschaftsbauern in ihrer Freizeit wohlfühlen. Aber es genügt nicht, solche Kulturheime zu bauen; man muss auch dafür sorgen, dass sie benutzt werden.»

Das drollige Eingeständnis ist übrigens nur durch das direkte Hintereinander ein Lapsus. Denn die Aufbaumethode der Darstellung selbst ist für östliche Berichterstattung durchaus klassisch, ja geradezu obligat. Man betont zunächst allgemein die grossen Erfolge, dann spricht man von den «noch bestehenden» Mängeln (die in Wirklichkeit die vorgenannten Erfolge häufig genug als direkt inexistent ausweisen) und kommt schliesslich zur rituellen Schlussfolgerung, dass die Sache noch «weiterer Vervollkommnung» bedürfe.



Die «Gültigkeit» dieser Methode und ihre hübsche Logik im vorliegenden Falle sollen uns allerdings nicht daran hindern, à propos dörfliche Zustände in der CSSR festzustellen, dass bei aller sonstigen Scheinprogression innerhalb der letzten zehn Jahre die materiellen Verhältnisse auf dem Lande tatsächlich ganz erheblich besser geworden sind.

Ausgangspunkt war die beträchtliche Erhöhung der staatlichen Aufkaufspreise für Agrarprodukte. Das ermöglicht es den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) und den Staatsgütern (Sowchosen), den Bauern eine offizielle Entlohnung von städtischem Niveau (und manchmal darüber) anzubieten, so dass die Landbewohner um so viel weniger auf ihre inoffiziellen Einkünfte durch die privat bebaute Nebenwirtschaft (Hofstelle) angewiesen sind.

Tatsächlich ist die CSSR das einzige Land des Sowjetlagers, in dem die Bedeutung der Nebengewirtschaften in der letzten Dekade abgenommen hat; sonst war und ist die Tendenz umgekehrt. Statt sich in ihrer Freizeit mit ihrer kleinen persönlichen Produktion abzurackern (was anderswo für Kolchosmitglieder einfach überlebenswichtig ist), verfügen die Bauern in der Tschechoslowakei (fast) wie die Städter über freie Tage und Abende. Es stimmt also, dass sie mehr Musse haben als früher. (Nur verbringen sie diese anscheinend erst dann in den Kulturheimen, wenn «man dafür sorgt».)



Man kann sich fragen, warum es diese tschechoslowakische Ausnahme gibt, während es sonst üblich ist, die sozialen Almosen für den Arbeiter vom Bauern abzusparen.

Den Anstoss hat möglicherweise (une fois n'est pas coutume) die sowjetische Dankbarkeit gegeben. Vor elf Jahren hatte praktisch die gesamte städtische Arbeiterschaft auf die sowjetische Invasion mit Wut und Empörung reagiert. Aber auf dem Lande hatte die ganz und gar antikommunistisch fundierte Gleichgültigkeit der Bevölkerung weitgehend auch dem Reformregime zuvor gegolten, und so waren die Sowjettruppen für die meisten Bauern «nicht viel anderes». Diese Passivität ist — so ideologisch «falsch» sie begründet war — den Invasoren sehr zustatten gekommen, und vielleicht ist die systemunbewohnte Besserstellung der Bauern ursprünglich auf eine Art Belohnungspolitik zurückzuführen. Weil die Bauern den «richtigen» marxistisch-leninistischen Glauben nie gehabt hatten, fehlte ihnen auch die Eignung zur Häresie, und gegen diese waren die Sowjets ins Feld gezogen. ■

## Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

### Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6  
Marktgasse 42, 3011 Bern  
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

## Partner des Westens

Die Sowjets wissen ihren Import an westlicher Technologie wahrhaftig zu nutzen.

Es besteht Grund zur Annahme, so der amerikanische Verteidigungsexperte Jack Vorona vor einer Senatskommission, dass die UdSSR zur Entwicklung des Lenksystems ihrer Raketen vom Typ SS-18 (siehe S. 2) hochentwickelte Schleifmaschinen benutzt, die sie in den USA eingekauft hat.

Vorona ist Spezialist für Wissenschaft und Technologie im Nachrichtendienst des Verteidigungsdepartements. Er fügte hinzu, dass die Sowjetunion aus ihrem Studenten- und Wissenschaftsaustausch mit den USA einseitige Vorteile ziehe (zu diesem Thema siehe «Demokratie und Opportunismus» in ZB, Nr. 21/1979).

Natürlich ist es nicht die Meinung westlicher Lieferanten, der sowjetischen Führung beim Ausbau ihrer Waffensysteme behilflich sein zu wollen. Aber es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Moskau die Möglichkeiten der importierten Technologie nach Möglichkeit militärisch nutzt.

Wenn der Westen schon Mühe mit dem Ausbau seiner eigenen Selbstbehauptung hat, braucht er wenigstens nicht das Aggressionspotential der Gegenseite zu stärken.

\*\*\*

Kambodscha hat Thailand offiziell aufgefordert, seine Verletzungen der kambodschanischen Territorialhoheit einzustellen. Eine klare Beschuldigung, sollte man meinen. Aber was ist der inkriminierte Tatbestand? Sind etwa thailändische Truppen über die Grenze marschiert?

Nein, keineswegs. Die Missachtung der kambodschanischen Territorialrechte durch Thailand besteht in der Formulierung des Aussenministeriums von Phnom Penh vielmehr darin: «Die thailändischen Grenzbehörden erlauben den Pol-Pot-Banden und andern reaktionären Kräften, sich auf thailändischem Territorium niederzulassen.»

Und wenn man jetzt noch weiss, dass es amtliche kambodschanische Diktion ist, Flüchtlinge aus Kambodscha nur als *angebliche* «Flüchtlinge» zu bezeichnen, bei denen es sich in Wirklichkeit um «reaktionäre Banditen» handle (siehe ZB, Nr. 22/1979, S. 11), dann kommt die Meinung im Klartext heraus: Thailand macht sich des Verbrechens schuldig, Flüchtlinge aufzunehmen.

So sieht das von Vietnam mit sowjetischer Hilfe eingesetzte Regime in Phnom Penh aus, das sich dem Westen als alleinzuständiger Empfänger für humanitäre Hilfe an kambodschanische Hungeropfer empfiehlt.

«Euer Päckchen für den Delinquenten», sagte der Henker, «könnt ihr mir zustellen.» ■

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch  
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409  
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Peter Dolder

**Abonnementspreise**

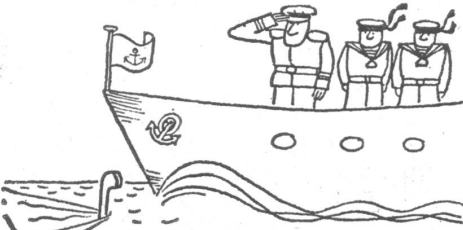
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)  
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-  
(Ausland Fr./DM 23.-)  
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)  
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

# Armeerundschau (ar)

## Das Soldatenmagazin der DDR



**Die Anprobe. (Nr. 8/79)**  
 Der Witz bezieht sich auf die Gewohnheit, Militärhemden nach Massgabe der Armweite abzugeben. Und wenn man das auf die Schleifen der Matrosenmütze überträgt... Na, ja.



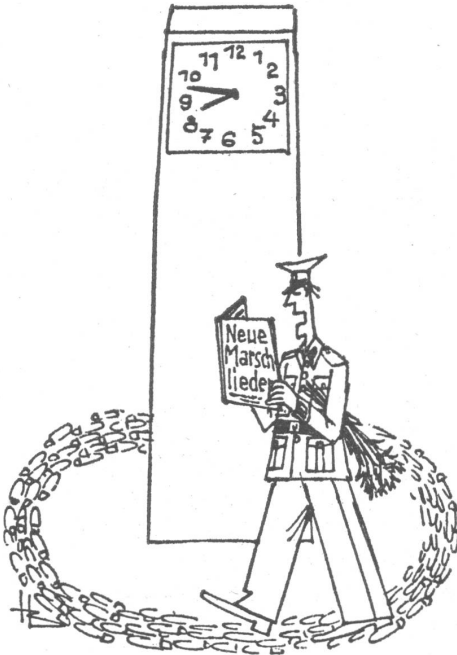
**Die Vorgesetzten sind zu grüssen. (Nr. 8/79)**



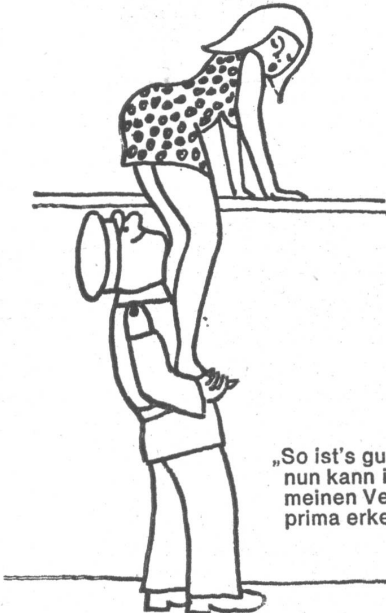
**«Meiner ist bei den Panzern.» (Nr. 9/79)**



**Nr. 10/79**



**Nr. 10/79**



**„So ist's gut, nun kann ich meinen Verlobten prima erkennen.“**

**Nr. 7/79**

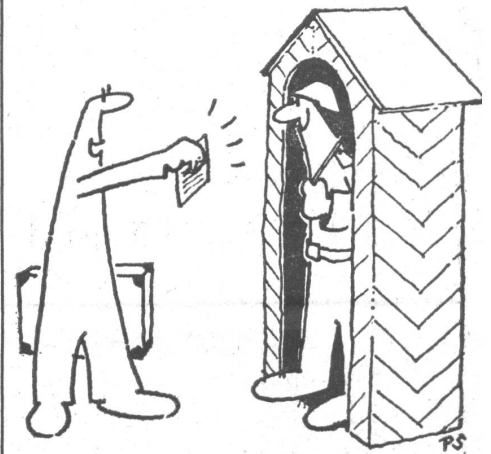


**„Kommen Sie doch näher 'ran, dann brauchen Sie nicht so zu schreien!“**

**Nr. 11/79**



**Nr. 7/79**



**«Ich habe hier eine Einladung zu einem 18monatigen Lehrgang...» (Nr. 11/79)**



**Erfolgreicher Schütze. (Nr. 11/79)**